

Der Grosse Rat lehnt eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre ab

Da Jugendliche viele Pflichten erst mit der Volljährigkeit erhalten, sollen sie auch Rechte erst mit 18 Jahren erlangen – findet eine Mehrheit des Freiburger Grossen Rates.

Mireille Rotzetter

FREIBURG Die Idee kam vom jüngsten Mitglied des Freiburger Grossen Rates: Der 25-jährige Simon Bischof (SP, Ursy) forderte mit einer Motion, dass Jugendliche auf Gemeindeebene bereits mit 16 Jahren wählen und abstimmen und sich selbst für ein Gemeindeglied zur Wahl stellen können. «Die Themen, die ihre Gemeinde betreffen, kennen sie. Diese bestimmen ihre Gegenwart und vor allem auch ihre Zukunft», sagte Bischof gestern Nachmittag im Freiburger Rathaus, als der Grosse Rat die Motion debattierte. Auch könnten die Jugendlichen so besser einbezogen werden, denn heute gebe es ein «Loch»: In der Orientierungsschule erhielten die Jugendlichen Unterricht in Staatskunde, doch dann dauere es zwei bis drei Jahre, bis sie selbst in der Politik aktiv werden könnten.

Gegenrede erhielt Bischof von bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräten – auch von jungen: Der 31-jährige Nicolas Kolly (SVP, Essert) sagte beispielsweise, dass sich 16-jährige Jugendliche noch gar nicht für die Politik interessieren. Ebenfalls hielt er fest, dass zu einer Staatsbürgerschaft neben den Rechten auch viele Pflichten gehörten – diese erhalte man erst mit 18 Jahren, also solle es mit den Rechten nicht anders sein.

Auch die 29-jährige FDP-Grossrätin Johanna Gapany (Bulle), warb für eine Ablehnung der Motion. Die Jugendlichen verlangten gar nicht nach einem tieferen Stimmrechtsalter, sagte sie. Aus rechtlicher Sicht sei es zudem problematisch, dass Minderjährige gewählt werden könnten. Sie fragte sich, wie ein minderjähriger Mandatsträger beispielsweise für die Gemeinde ein Fahrzeug anschaffen könne, wenn er dazu als Privatperson noch gar nicht berechtigt sei.



Es bleibt dabei: Auch auf Gemeindeebene darf erst zur Urne schreiten, wer mindestens 18 Jahre alt ist.

Bild Corinne Aeberhard/a

Neben der grossen Mehrheit von FDP und SVP sprach sich auch die CVP gegen die Motion aus. «Die Jugendlichen sollen ihre Jugend leben können», sagte Marie-France Roth Pasquier (CVP, Bulle). Viele Jugendliche würden sich nicht für die Politik interessieren, und es sei fraglich, ob das Stimmrechtsalter 16 auf Gemeindeebene etwas daran ändern würde.

Die Linke blieb chancenlos

Anderer Meinung waren die Vertreterinnen und Vertreter

der linken Parteien: Benoît Rey (CSP, Freiburg) bezog für das Bündnis Mitte Links Grün Position und verwies auf den Kanton Glarus, dem die Demokratie wichtig sei: «Glarus ist weder dafür bekannt, wahn-sinnig links noch progressiv zu sein. Dennoch liegt dort das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene bei 16 Jahren», sagte er.

Philippe Savoy (SP, Corpaux) hielt fest, dass gerade Freiburg als jüngster Kanton die Senkung des Stimmrechtsalters einführen sollte. So könnten die Jugendlichen ihr Interesse an der Politik entwickeln, und sie wären auch stolz, wenn sie mitreden könnten. «Schenken wir ihnen doch das Vertrauen», rief er seine Ratskollegen auf. Bernadette Hänni (SP, Murten) fügte

an: «Es gibt immer auch schon 16-Jährige, die clever sind und gute Ideen haben. Nur schon für diese lohnt es sich, das Stimmrechtsalter zu senken.»

Und auch Marie Garnier (Grüne) sprach sich im Namen des Staatsrates für die Motion aus. Damit ein Mandat in der Gemeinde für Minderjährige rechtlich möglich wäre, müssten nach Annahme der Motion Lösungen gefunden werden, räumte Garnier ein. «Heute können wir aber schon ein starkes Zeichen setzen.»

All diese Argumente reichten am Ende jedoch nicht: Das Parlament lehnte die Motion mit 63 zu 38 Stimmen bei drei Enthaltungen ab. Und damit bleibt alles beim Alten: Wählen und abstimmen darf auch auf Gemeindeebene erst, wer 18-jährig ist.

Chronologie

Senkung schon zweimal gescheitert

Freiburg diskutierte schon zweimal über eine Senkung des Stimmrechtsalters: 2008 reichten die Freiburger Jungsozialisten eine Volksmotion ein, in der sie das Stimmrechtsalter 16 auf Gemeinde- und kantonaler Ebene forderten. Das passive Wahlrecht sollte bei 18 Jahren bleiben. Der Staatsrat begrüßte damals diese Motion, der Grosse Rat lehnte sie jedoch ab. Auch bei den Arbeiten für die neue Kantonsverfassung war eine Senkung des Stimmrechtsalter Thema, sie wurde aber klar abgelehnt. *mir*

Der Grosse Rat wünscht keine Statistik über Wähler

Nutzen Ausländer ihr Stimmrecht auf Gemeindeebene? Um dies zu erfahren, forderten zwei Grossrätinnen Statistiken. Sie blieben erfolglos.

Mireille Rotzetter

FREIBURG Im Kanton Freiburg gibt es keine Statistik zur Bevölkerung, die an die Urne geht. Welches Alter, welche Herkunft und welches Geschlecht haben die Wählerinnen und Wähler? Diese Fragen lassen sich nicht beantworten. Die SP-Grossrätin Giovanna Garghentini-Python (Freiburg) bemerkte dies, als sie erfahren wollte, ob Ausländerinnen und Ausländer von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Sie erhalten dieses auf Gemeindeebene, wenn sie seit mindestens fünf Jahren im Kanton wohnen und eine Niederlassungsbewilligung haben. Zusammen mit Rose-Marie Rodriguez (SP, Estavayer-le-Lac) reichte sie deshalb eine Motion

ein, um künftig die Erhebung der Daten zu ermöglichen. Die beiden scheiterten jedoch gestern im Grossen Rat; ihre Motion wurde mit 59 zu 38 Stimmen abgelehnt.

Für Bedenken sorgte eine mögliche Stigmatisierung: «Weshalb braucht es eine Statistik über die ausländische Wohnbevölkerung?», fragte Antoinette de Weck (FDP, Freiburg). Die Statistik könnte zu gefährlichen Generalisierungen führen. Ruedi Schläfli (SVP, Posieux) befürchtete, dass in kleinen Gemeinden ein direkter Rückschluss auf das Abstimmungsverhalten möglich wäre. Auch der Mehraufwand für die Gemeinden wurde verschiedentlich kritisiert.

Vergeblich wies Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) darauf hin, dass der Staatsrat Statistiken erheben möchte, um Informationen zur Stimmbeteiligung beispielsweise von Ausländern und Jugendlichen zu erhalten. Nur so könnten Massnahmen ergriffen werden, um die Beteiligung zu erhöhen.

Keine Vorprüfung von Initiativen

Trotz negativen Erfahrungen bei der Initiative gegen das Islamzentrum hält der Freiburger Grosse Rat am bisherigen Verfahren bei Volksinitiativen fest.

Mireille Rotzetter

FREIBURG Grossrat Eric Colomb (CVP, Lully) erinnert sich noch gut an den Frust seines Ratskollegen Roland Mesot (SVP, Châtel-St-Denis), als das Kantonsparlament vor einem Jahr die SVP-Initiative gegen das Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg für ungültig erklärte. «Einen solchen Frust müssen wir künftig vermeiden können», sagte Colomb gestern an der Sitzung des Grossen Rates. Gemeinsam mit Didier Castella (FDP, Pringy) hatte er deshalb eine Motion eingereicht, in welcher die beiden forderten, dass Volksinitiativen von der betroffenen kantonalen Direktion auf ihre Gültigkeit geprüft werden, bevor die Unterschriftensammlung beginnt (die FN berichteten).

Obwohl die beiden die Motion infolge der Ungültigkeitserklärung der SVP-Initiative verfasst hatten, erhielten sie gestern keine Unterstützung von

der SVP. Und auch die SP und das Bündnis Mitte Links Grün verwehrt ihnen die Zustimmung. So kam es zu einer unheiligen Allianz; die Motion wurde mit 61 zu 40 Stimmen bei einer Enthaltung bachab geschickt.

Keine Klarheit

Die Gründe für die Ablehnung waren aber auf linker und rechter Seite zumindest teilweise nicht ganz dieselben. Nicolas Kolly (SVP, Essert) hielt fest, dass eine Vorprüfung nichts bringe: Die SVP hatte gegen den Entscheid des Grossen Rates vergeblich beim Bundesgericht rekurriert. «Das Bundesgericht stützte sich bei seiner Entscheidung auf die Argumente, die wir während der Unterschriftensammlung äusseren», sagte er. Wenn wie bei der Islaminitiative im Voraus kein genauer Initiativtext formuliert werde, brauche es den Schritt der Unterschriftensammlung, um die Absichten der Initianten zu kennen.

Elias Moussa (SP, Freiburg) betonte, dass eine Vorprüfung nur etwas nütze, wenn sie auch bindend sei. «Eine nicht bindende Vorprüfung, wie sie die Motionäre vorschlagen, bringt überhaupt keine Klarheit», sagte er.

Die Befürworter argumentierten derweil vergeblich: Nicolas Bürgisser (FDP, Giffers) betonte, dass eine Vorprüfung sehr wohl zur Klarheit beitragen würde: «Nur so können wir ein Durcheinander und die Frustration verhindern», sagte er. Anne Meyer Löttscher (CVP) hielt zudem fest, dass mit der Vorprüfung nur Initiativen gestoppt werden könnten, die offensichtlich nicht in Ordnung seien. Diese nach der Unterschriftensammlung für ungültig zu erklären, sei Gift für die Demokratie, sagte auch Motionär Didier Castella. «Ich verstehe nicht, weshalb Sie das Problem nicht in die Hand nehmen wollen», sagte Castella versöhnlich zu seinen Ratskollegen.

Kommentar



Christoph Nussbaumer

Altbackenes Votum gegen die Jugend

Der Kanton Freiburg hat zwar die schweizweit jüngste Bevölkerung. Sein Parlament aber sah gestern alt aus. Nebst wenigen berechtigten Zweifeln juristischer Natur mussten nämlich vor allem fragwürdige Argumente herhalten, um den Vorstoss zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 zu versenken. Offensichtlich ist der Mehrheit im Grossen Rat bei diesem Entscheid der Sinn für die Realität abhandgekommen: Ausserhalb der Parlamente wenden sich viele Bürgerinnen und Bürger von der politischen Diskussion ab, die Stimmbeteiligung dümpelt seit Jahren auf tiefem Niveau, in vielen Gemeindebehörden fehlt der Nachwuchs. Da wäre es ein Gebot der Stunde, den Kreis der Entscheidfähigen zu erweitern und auch 16-Jährige auf Gemeindeebene zu politisch mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erklären. In einer Demokratie zählt jede Stimme. Diese alte Erkenntnis hat die Mehrheit des Grossen Rates gestern in den Wind geschlagen. 16-Jährige haben es aber nicht verdient, vom Parlament wie Kinder behandelt zu werden.

Vorschau

Neues Buch von Christian Schmutz

TAFERS «D Seisler hiis böös» ist der Titel des neuen Buchs von Christian Schmutz. Der Sensler Autor und Dialektologe geht in seiner Erzählung auf das ein, was ihm am meisten am Herzen liegt: den Sensler und seine (sprachlichen) Eigenheiten. Er bettet dies in eine Geschichte um den Kaminfeiger Toni Schöpfer ein, der auf geheimnisvolle Weise zum Berater bei der neuen «Sensler Hotline» wird, die gehörig für Furore sorgt. Buchvernissage ist heute Abend in Tafers. *im Gasthof St. Martin*, Tafers, Mi., 22. März, 18 Uhr.

Vergesslichkeit im Alter

ST. ANTONI Die Rentnerversammlung des Sensebezirks läuft am 29. März zur ersten Burgbühltagung ein. Thema ist die mentale Gesundheit im Alter, das von den Referentinnen Samia Hakimi, Leitende Ärztin im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit, und Esther de Mamiel-Portmann, Aktivierungstherapeutin im Heim Sonnmatt in Schmitten, behandelt wird. Sie gehen den Fragen nach, welche Vergesslichkeit im Alter normal ist und wann sie problematisch wird. Ziel des Anlasses sei es, die Angst vor einer Demenz-Erkrankung und Verunsicherung zu verringern, schreiben die Organisatoren. *im*

Bildungszentrum Burgbühl, St. Antoni, Mi., 29. März, 9.30 Uhr; **Anmeldung** bis heute Mittwoch: Tel. 026 493 29 70 oder 079 631 25 64 (Geneviève Stulz-Aubry).